



Antrag

der Fraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SSW

Unterstützung der Berliner Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für den Antrag des Landes Berlin auf eine „Entschließung des Bundesrates zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts“ auszusprechen.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht stellte in seinem Grundsatzbeschluss vom 17. August 2010 fest, dass die Besserstellung der Ehepartner gegenüber den eingetragenen Lebenspartnern im Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetz nicht mit dem besonderen Schutz von Ehe und Familie gerechtfertigt werden kann. Die Schlechterstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft verstoße gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes und sei damit verfassungswidrig.

Das Bundesverfassungsgericht hat zudem in seinem Urteil vom 7. Juli 2009 festgestellt, dass Ehe und eingetragene Lebenspartnerschaft bezogen auf die Hinterbliebenenversorgung vergleichbar sind. Beide Formen des Zusammenlebens sind auf Dauer angelegt und begründen gegenseitige Fürsorge- und Einstandspflichten. In seinem Urteil stellte das BverfG weiter fest, dass bei Ungleichbehandlungen aufgrund sexueller Orientierung ein besonders strenger Rechtfertigungsmaßstab zu Grunde zu legen ist.

Da sich beide Lebensformen lediglich durch die sexuelle Orientierung der in ihnen lebenden Menschen unterscheiden, gleichgeschlechtlichen Paaren der Zugang zur Ehe aber trotzdem verwehrt bleibt, stellt sich die Frage nach dem sachlichen Grund für diese Ungleichbehandlung. Eine vollkommene Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ist nur über eine Öffnung der Ehe zu erreichen.

In einer Reihe von Ländern ist die Eheschließung von Homosexuellen bereits Normalität. So haben die Niederlande, Belgien, Kanada, Spanien, Südafrika, Norwegen, Schweden, Portugal und Argentinien die Zivilehe für Personen gleichen Geschlechts eingeführt. Aktuelle Bestrebungen gibt es auch in Luxemburg.

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Ranka Prante
und Fraktion

Silke Hinrichsen
und Fraktion